

12.9.2008; Rede von Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., zum Thema „Von der Sozialen Marktwirtschaft zur Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ anlässlich der Eröffnung der Messe „Moderne Energien 2008“ der Insel Mainau

Sehr verehrte Gräfin Bettina, Graf Björn Bernadotte,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es freut mich sehr, heute hier sprechen zu dürfen und zwar aus Folgenden 3 Gründen:

zum Einen, weil Gräfin Bettina Bernadotte in diesem Jahr die „Ökologia“ – Botschafterin der Ökologie – ist und sich damit der Kreis schließt zu Umweltministerin Tanja Gönner, die wie der Herr Regierungspräsident ausgeführt hat, die Schirmherrschaft über diese Messe übernommen hat, der „Ökologia“ 2007.

Zum Zweiten eröffne ich natürlich sehr gerne solche Messen, bei denen es um neue Techniken geht, die das Ziel haben, Energie einzusparen und erneuerbare Energien einzusetzen und

schließlich ist heute der 12. September, der von uns bereits im Jahre 2000 mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Müller ausgerufenen Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft. – Damit will ich mich heute beschäftigen, mit der Marktwirtschaft, sowohl mit der Sozialen wie mit der Ökologisch-Sozialen.

Die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. setzt sich nicht nur für Ökologie und Demokratie im Allgemeinen ein. Nein. Unser zentrales Anliegen ist: mit Hilfe der Dynamik des Marktes der Ökologie zum Durchbruch zu verhelfen! – Die natürlichen Lebensgrundlagen sollen nach unserer Philosophie mit marktwirtschaftlicher Dynamik geschont und umweltfreundliche Techniken, Produkte, Produktionsweisen, erneuerbare Energien stärker vorankommen. Wir wollen, dass das Erfolgskonzept der Nachkriegszeit, die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards, zur Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft fortentwickelt wird, um die Erfordernisse der Ökologie mit marktwirtschaftlicher Effizienz zu optimieren und damit zugleich ein hohes Maß an Beschäftigung zu erzielen.

Die ökologische Fortentwicklung der Marktwirtschaft gründet auf einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft. Hier hapert es inzwischen. Viele haben deshalb den Glauben an die Soziale Marktwirtschaft aufgegeben.

Was war das Geheimnis des wirtschaftspolitischen Erfolgs der Nachkriegszeit? – Erhard wollte keine Wachstumswirtschaft, sondern eine neutrale marktwirtschaftliche Ordnung mit fairem Wettbewerb, aber keinen künstlichen Bedarf nach Angeboten oder Nachfrage schüren. Nach Ludwig Erhard, dem ersten Bundeswirtschaftsminister im Nachkriegsdeutschland, der auch als „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ bezeichnet wird, ist die Soziale Marktwirtschaft deshalb sozial, weil sie auf offenem Wettbewerb statt auf Monopole setzt. Wörtlich sagte er: „Ich meine, dass der Markt ansich sozial ist, nicht dass er sozial gemacht werden muss.“ Mit diesen Worten antwortete Erhard auf die Frage, was denn für ihn Soziale Marktwirtschaft bedeute. Eine Grundvoraussetzung war für ihn ein funktionierender Wettbewerb und eine sozialpolitisch begründete Grundversicherung für Armen, Alten, Kranken, Arbeitslosen, Familien oder Alleinerziehende. Während in der reinen Marktwirtschaft das Wirtschaftsgeschehen allein durch die am Markt auftretenden Käufer und Produzenten bestimmt wird ohne staatliche soziale Kor-

setztungen und Angebot und Nachfrage ausschließlich über den Preis geregelt werden, gibt es in der Sozialen Marktwirtschaft durch staatliche Regelungen Schranken des Kapitalismus, der durch das reine Profitstreben geprägt ist. Sobald der Markt von Monopolen geprägt wird, geht dies zu Lasten des sozialen Ausgleichs. Deshalb war für Ludwig Erhard die Kartellgesetzgebung als Beitrag zum Verbraucherschutz, aber auch für die Soziale Marktwirtschaft ansich von zentraler Bedeutung.

Erhard sagte einerseits, dass die Soziale Marktwirtschaft deshalb „sozial“ sei, weil das Ergebnis des marktwirtschaftlichen Prozesses die Erweiterung der Konsumkaufkraft breiterer Schichten ermöglicht und dadurch Arbeitsplätze geschaffen, Vollbeschäftigung gesichert und die Voraussetzungen für steigende Löhne und Einkommen aller Schichten begründet wird, andererseits war für Erhard auch „Garant des sozialen Anspruchs der Marktwirtschaft nicht nur der Markt, dessen wirtschaftliche Leistungen sehr oft schon sozialen Fortschritt bedeuten. Der Staat hat vielmehr die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen wie Kindergeld, Mietbeihilfen, Renten, Pensionen, Sozialsubventionen usw. zu ermöglichen. Das alles gehört zum Wesen dieser Ordnung, und es wäre eine Farce, nur den unbeeinflussten Marktprozess zu sehen, ohne seine vielfältige Einbettung in unsere staatliche Ordnung zu beachten. Das bedeutet keineswegs ein Hinüberwechseln aus dem Markt in den staatlichen Bereich, sofern man sich dabei bewusst ist, dass die Mittel, die der Staatshaushalt transformiert, von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Marktes abhängig bleiben und marktkonform sein müssen. Es muss die Grenze eingehalten werden, deren Überschreitung eine Störung der Marktvorgänge bewirkt.“ Darum plädierte er oft, z.B. bei Lohnerhöhungen, für „Maß halten“ und war damit häufig Zielscheibe von Hohn und Spott. Doch er wusste sehr genau: wer das rechte Maß verliert, zerstört das Ganze.

Was bedeutet Soziale Marktwirtschaft laut Erhard? – Dazu sagte er: „Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das ‚freie Spiel der Kräfte‘ und dergleichen Phrasen, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann auch den verdienten Ertrag zugute kommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“

Der Wesenskern der Sozialen Marktwirtschaft liegt meines Erachtens in der gelungenen Synthese von Kapital und Arbeit. Soziale Marktwirtschaft hat das politische Konzept des Klassenkampfes durch das Modell der Partnerschaft überwunden. In der Sozialen Marktwirtschaft geht es darum, Leistung zu belohnen und andererseits solidarisch zu handeln. Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft hat Erhard mit den Worten auf den Punkt gebracht „Wohlstand für alle“ und nicht wie es Milton Friedman ausgedrückt hat „Die soziale Verantwortung von Managern ist Profitmaximierung für alle Aktionäre“.

Wir wissen alle: Die Ära Ludwig Erhard war für Deutschland eine Erfolgsstory. Es gab Vollbeschäftigung, keine Inflation, die DM war hart und es gab Wettbewerb. Kleine Leute konnten sich mit ihren Ersparnissen in den 50er und 60er Jahren etwas leisten (Urlaub, Haus, Auto udgl.).

In den Folgejahren vergaß man einerseits das Maßhalten. Man glaubte, man könne sich einen größeren Schluck aus der vollen Pulle leisten. Die Folge war eine inflationäre Entwicklung.

Und mit dem Gesetz zur Stabilität und des ständigen wirtschaftlichen Wachstums von Strauß und Schiller, gegen das sich Erhard immer gewehrt hatte, machte das ständige Wachstum zum wirtschaftspolitischen Staatsziel.

Das war niemals Erhards Philosophie einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in der Angebot und Nachfrage in der Balance sein sollten. Er sagte wörtlich: „Es ist ökonomisch höchst naiv, die Messziffer für das Wirtschaftswachstum, die reale Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts, in irgendeiner Weise mit der Vorstellung zusammen zu bringen, dass die kollektive Wohlfahrt gesteigert werde.“ Erhard und Müller-Armack sprachen 1972 in ihrem Buch „Soziale Marktwirtschaft“ abfällig von „Wachstumspolitik“. Die Steigerung des Bruttosozialprodukts, so heißt es dort ausdrücklich, kann „kein sinnvolles Ziel einer sozialprogrammierten Marktwirtschaftspolitik sein“. Den Begriff „Wachstumswirtschaft“ verwendete Erhard fast nie. Wenn er es 1961 noch für möglich hielt, den Wohlstand zu mehren, so stellte er sich Wandlungen des Weltbildes und des Lebensgefühls vor. Es könne, so schrieb er, „nicht der Sinn des Lebens und der uns gestellten geschichtlichen Aufgabe sein, noch einmal eine Verdoppelung des Konsums von Gütern – und sonst nichts – zu erreichen.“ Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz brach daher mit der Marktwirtschaft. Dieses Gesetz war am 14.9.1966 mit einer Rede von Bundeskanzler Erhard als „Gesetz zur Stabilität“ eingebracht worden. Erhard musste im Dezember 1966 zurücktreten. In der folgenden großen Koalition wurde es mit dem Ziel des wirtschaftlichen Wachstums ergänzt. Das wirtschaftliche Wachstum wurde Staatsziel. So stiegen auch die Löhne und Gehälter und die Sozialleistungen inflationär. Reformen drängten sich zweifellos auf, die die Regierung Schröder mit den Hartz-Gesetzen umsetzte. Allerdings bedachte man die die sozial katastrophalen Folgen beispielsweise bei einem 55-jährigen Familienvater, der durch Arbeitsplatzabbau oder Betriebsschließung unverschuldet arbeitslos wird, sein ganzes Leben gearbeitet und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt hat und nun nach einem Jahr in Hartz IV-Niveau abstürzt.

Was sind zusammenfassend die wichtigsten Instrumente der Sozialen Marktwirtschaft?

1. Strikter, aber fairer Wettbewerb, zum Beispiel durch ein strenges Kartellrecht zur Vermeidung der Marktübermacht durch Monopole, Oligopole und Kartelle.
2. Gesetzlicher Ordnungsrahmen zum Schutz der Schwächeren und zur Sicherstellung einer hohen Lebensqualität für alle (Sozialrecht, Arbeitsrecht, Bildungs- und Gesundheitssysteme etc).
3. Prinzip der Partnerschaft:
Das gilt sowohl für die Sozialpartnerschaft durch das Zusammenwirken der Interessensverbände, wie auch für das partnerschaftliche Prinzip innerhalb der Unternehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Seit 1990 haben 3 zeitgleiche Entwicklungen zum Phänomen der Globalisierung geführt:

1. Der Wegfall politischer „Mauern“ durch den Zusammenbruch des Kommunismus und der zentralistischen Planwirtschaft.
2. Die zunehmende Dominanz des „Neoliberalismus“ als einseitige, auf Kapitalprofit ausgerichtete Wirtschaftsdoktrin, die sowohl mit Hilfe der globalen Institutionen wie z.B. Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds etc. zu einer immer problematischeren ökonomischen, sozialen und ökologischen Schiefelage geführt hat.
3. Die technologische Revolution im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologie.

Heute liegt leider vieles im Argen, was die Soziale Marktwirtschaft in Misskredit bringt:

- § Aufgrund der Tatsache, dass viele Konzerne heute global agieren, ist die nationale Kartellbehörde fast zu einem zahnlosen Tiger verkommen. – Die Folge: in vielen Bereichen beherrschen wenige Konzerne den Markt. Wir haben vielfach keinen Wettbewerb mehr. Dieser aber ist die elementare Voraussetzung einer sozialen Marktwirtschaft.
- § Der Mittelschicht werden immer höhere Abgaben aufgelastet, bei immer geringeren Gegenleistungen. Das Kernproblem ist die Kopplung der Sozialsysteme an den Faktor Arbeit. Ein Durchschnittsverdiener wird bald nur noch die Rente in Höhe der Sozialhilfe erhalten. Nicht die Sozialsysteme sind fragwürdig, sondern wie sie finanziert werden. Eine Verarmung weiter Teile der Mittelschicht ist vorprogrammiert. Besonders Familien sind negativ betroffen.

Die Hauptursache liegt darin, dass unser Rentensystem zwar die Versorgung des Alters sichert, nicht aber die der Jugend. Winfried Schreiber hatte 1955 dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer vorgeschlagen, die Kinderkosten in das Umlageverfahren für die Altersversorgung der Kinderlosen voll einzubeziehen. Bis heute hat diesen Fehler im System niemand beseitigt. Der Nutzen der Kinder kommt aber jetzt bevorzugt Personen ohne Kinder zugute, da der Rentenanspruch an Erwerbstätigkeit gebunden wurde und nicht etwa an die Kindererziehung, wie es in einem echten Generationenvertrag selbstverständlich wäre. Verschleiert wurde dieses familienfeindliche Manöver durch den Trick, dass die Sozialbeiträge für die Renten der vorangegangenen Generation zur Grundlage des eigenen Rentenanspruchs erklärt wurden, obwohl sie nichts zur Alterssicherung der eigenen Generationen beitragen. Dieses Geld wird ja sofort von den Alten verbraucht. Die Kindererziehung als wirklicher Beitrag zur Alterssicherung der eigenen Generation im Rahmen des Umlageverfahrens wurde dagegen ignoriert. Der bekannte Repräsentant der Kath. Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning sagte 1978 dazu: „In der Tat hat der Gesetzgeber bei der 1957 in Kraft getretenen Rentenreform diesen Zusammenhang zwischen Familienlastenausgleich und Altersversorgung völlig übersehen und außer acht gelassen, wie er überhaupt die Sachproblematik einer sozialen Rentenversicherung verkannt hat.“ Ähnlich äußerten sich auch verschiedene Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts wie Wolfgang Zeitler (1983) oder Roman Herzog. Herzog, Präsident des Bundesverfassungsgerichts (1987 – 1994) und späterer Bundespräsident (1994 – 1999): „Es kann nicht sein, dass ein Ehepaar – bei dem nur der eine ein Leben lang ein Gehalt oder einen Lohn einsteckt – Kinder aufzieht und am Ende nur eine Rente bekommt. Auf der anderen Seite verdienen zwei Ehepartner zwei Renten. Und die Kinder des Paares, das nur eine Rente bekommt, verdienen diese beiden Renten mit. Das ist ein glatter Verfassungsverstoß.“ Der Heidelberger Familienrichter Wolfgang Borchert formuliert die Situation mit drastischen Worten: „Erst wird der Familie die Sau von Hof getrieben. Anschließend werden nach Antragstellung zwei Schnitzel als „Familienförderung“ zurückgeliefert.“

- § Hinzu kommt die aktuelle Geldentwertung von 3,1 % mit eigener Tendenz wegen der drastisch steigenden Energiepreise. Besonders betroffen von infla-

torischen Entwicklungen ist der Mittelstand und diejenigen, die wenig haben, weil sie mit ihrem wenigen Geld kaum noch ihr Leben meistern können.

All dies macht es zugebenermaßen schwer, von der Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft zu überzeugen, weil viele in unserem Lande, vor allem die Menschen im Osten, nie eine ideal funktionierende Soziale Marktwirtschaft erlebt haben, jedoch stark betroffen sind von den Negativercheinungen und Fehlentwicklungen und deshalb nicht bereit sind, sich für eine Soziale Marktwirtschaft zu engagieren. Drum fällt es zur Zeit jenen leicht, en masse Anhänger zu finden, die einfache sozialistische Lösungen anpreisen.

Wollte eigentlich Erhard eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft? – Er war der Auffassung, dass die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft

1. die Umweltgestaltung als Aufgabe längst begriffen habe,
2. der Sozialismus bei der Umweltgestaltung versagt habe als Folge des Systems und
3. die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft den Herausforderungen der Zukunft – dazu zählte Erhard die Umweltgestaltung – gewachsen sei.

Allerdings war wohl Erhard bis Mitte der 60er Jahre - wie uns allen - die Brisanz der ökologischen Krise nicht bewusst. Er sprach ja auch nur von Umweltgestaltung.

Wäre ihm aber bewusst gewesen, dass täglich, auch heute wieder

- § 100 Tier- und Pflanzenarten ausgerottet werden,
- § dass sich die Wüsten um 20.000 Hektar ausbreiten,
- § 100 Mill. Tonnen Treibgase zusätzlich die Luft und unser Klima belasten,
- § 31.000 Hektar Wald vernichtet werden und
- § die Menschheit um eine Viertelmillion zusätzlich wächst, was bedeutet: zusätzliche Nutzungsansprüche an die natürlichen Lebensgrundlagen und an die Rohstoffressourcen durch weitere 250.000 Menschen auf unserem Planeten,

hätte er sicherlich – wie wir auch – das Ökologische wie das Soziale eigenständig betont.

- § Laut „Stern-Report“ könnten die Kosten als Folge des Klimawandels bis zu 20 % des „Welt-Bruttosozialprodukts“ betragen, für die Vermeidung wäre 1 % notwendig.
- § Anstieg des Meeresspiegels, schmelzende Gletscher, weniger Trinkwasser, Wüstenbildung.
- § Fallende Ernteerträge, vor allem im Süden – dadurch Verlust von Lebensraum und Existenzgrundlagen.
- § Als Folge werden ca. 50 Millionen „Klimaflüchtlinge“ im Jahr 2010 und 200 Millionen „Klimaflüchtlinge“ im Jahr 2050 befürchtet.

Wir führen einen dritten Weltkrieg gegen die Natur und damit gegen uns selber. Deshalb bedarf es dringend den Umstieg von der „Zivilisation des Raubbaus“ zu einer „Zivilisation der Nachhaltigkeit“.

Bei einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft kommt es nun entscheidend darauf an, dass das Verursacherprinzip, schlichtweg das zentral wichtige Prinzip im Umweltschutz, verankert wird, da - wie wir wissen - die Marktwirtschaft von sich aus Zukunftsfragen nicht berücksichtigt. Dies kann dadurch geschehen, dass die Preise die „ökologische Wahrheit“ sagen. Da in der Marktwirtschaft die Preise Ausdruck und Indikator von Angebot und Nachfrage sind, geschieht dies marktkonform beispielsweise durch eine aufkommensneutrale Ökologische Steuerreform. Die Preise bilden sich zwar im Wettbewerb, aber durch die Ökologische Steuerreform fließen nicht nur die betriebsinternen Kosten, sondern auch die externen Kosten für den Verbrauch öffentlicher Güter wie Luft, Wasser, Boden. Mangelnder Wettbewerb ist nur ein Grund, warum die Mobilitätsprobleme so schwer lösbar sind. Diese sog. "externen" Kosten belaufen sich nach verschiedenen Schätzungen auf etwa 5 % des Bruttosozialprodukts. Richtige Preise können ihre Wirkung haben. In Ländern mit niedrigen Benzinpreisen gehen hohe Pro-Kopf-Verbräuche einher.

Singapur, dessen rasch steigender Wohlstand zu einer katastrophalen Autodichte hätte führen können, hat keine Probleme mit dem Verkehrsfluss. Das liegt an seiner Politik, Autos massiv zu besteuern, das Recht auf den Autobesitz zu rationieren und die Rechte handelbar zu machen. Dazu kommt eine tägliche Benutzungsgebühr für die Innenstadt. Der Erlös aus diesen Maßnahmen wird in ein ausgezeichnetes Nahverkehrswesen investiert. Wer unbedingt Auto fahren muss, bezahlt die gesamten daraus entstehenden Kosten. Alle haben mehr davon, auch die Autofahrer, die normalerweise ständig im Stau stehenbleiben, aus dem man auch mit viel Geld nicht hinauskäme. Was Singapur durch Regeln schafft, kann man auch elektronisch machen: mit den in Deutschland zu Erprobung eingesetzten, in Dallas und Oklahoma City bereits erfolgreich benutzten Geräten, die Autos, welche durch Mautstationen fahren, registrieren und unter Wahrung des Datenschutzes das Konto der Benutzer belasten. In Stoßzeiten ist die Straßenbenutzung vernünftigerweise teurer als sonst. Mit dieser Technologie, die es ermöglicht, Gebühren je nach Entfernung und Tageszeit zu erheben, könnte man auch einige soziale und ökologische Kosten des Autoverkehrs erfassen und anrechnen.

Die große Zahl der Preisverzerrungen ist sattsam bekannt. Da gibt es etwa die amerikanischen Bahnfrachtgebühren, die für eine Tonne recyklierten Kupfers höher sind als für die gleiche Menge Rohkupfer. Die staatlichen Subventionen für die amerikanische Stromindustrie liegen bei etwa 30 Milliarden Dollar jährlich; Die EU-Agrarsubventionen liegen noch höher und wirken sich unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet noch schlimmer aus. Dies sind nur die Spitzen eines ganzen Meeres voller Eisberge, die selbst sehr reiche Länder zum Sinken bringen können. Paul Hawken, der amerikanische Bestsellerautor, mutmaßt, dass sich die volkswirtschaftliche Vergeudung durch Subventionen, Folgekosten, Raubbau, Verschmutzung und Ressourcenverschwendung auf annähernd die Hälfte des Bruttosozialprodukts beläuft.

Die Verzerrung besteht nicht nur bei Einzelpreisen. Vielmehr ist oft die gesamte Preisstruktur verzerrt, wenn etwa Stromunternehmen Mengenrabatt gewähren und den sparsamen Verbraucher durch hohe Grundgebühren bestrafen.

Instrumente einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft:

1. Die ökologische Steuerreform:

Das unbürokratischste, unaufdringlichste, wirkungsvollste und zugleich marktwirtschaftliche Instrument auf dem Weg zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ist die ökologische Steuerreform. Mit Steuern ökologisch steuern.

Unser Kuratoriumsmitglied, der Schweizer Ökonom Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, schon in den 70er Jahren wissenschaftlich mit dieser Thematik befasst und

hat ein Konzept einer aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform entwickelt, das durch seine Beraterfunktion im BUND dort Unterstützung fand. Der damalige

BUND- und spätere ödp-Bundesvorsitzende Dr. Herbert Gruhl griff diese Ideen als erster politisch auf.

2. Herstellung von ökologischer Steuergerechtigkeit

3. Abbau von Subventionen:

Zur Marktwirtschaft mit der Philosophie des schlanken Staates passen Subventionen grundsätzlich nicht. Denn sie verzerren den Wettbewerb. Subventionen sind allenfalls übergangsweise - beispielsweise zur Markteinführung der Solarenergie – gerechtfertigt. Wer marktwirtschaftliche Strukturen fordert, fordert im Grunde auch den Abbau von Subventionen. Stellen Sie sich vor, die EU würde auf Subventionen verzichten. Ein klassischer Subventionsempfänger ist die europäische Landwirtschaft. Mehr als ein Drittel des EU-Haushalts umfasst Subventionen für Agrarmaßnahmen und Subventionen aus dem Kohäsionsfonds. Auch in anderen Bereich wie im Bergbau gibt es immer noch hohe Subventionen. Jeder Bergbauarbeitsplatz wird immer noch mit über 61.000,- Euro gefördert.

Im Rahmen einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft sollten weitgehend alle Subventionen abgebaut werden, ganz besonders natürlich Subventionen, die umweltschädlich sind. Es gibt immer noch Subventionen für den Tabakanbau (EU), für die Atomkraft, für die Steinkohlewirtschaft oder für tierquälerische Massentierhaltungen und Massentiertransporte sowie für Pestiziden in der Landwirtschaft oder die Nichtbesteuerung des Kerosins.

4. Handel mit Emissionsrechten

5. Umweltvereinbarungen

6. Markttransparenz:

Der mit der Energieeinsparverordnung verpflichtend eingeführte Energieausweis ist ein gutes Beispiel dafür. Das Thema „Energetischer Gebäudezustand“ wird sich so mit immer stärker marktwirtschaftlich auswirken mit der gewollten Folge: Unsanierte Objekte verlieren rasant an Wert. Energetisch sanierte Objekte sind gefragt.

7. Vorbildprojekte:

Vorbildliche Projekte sind besser als das Theoretisieren. Mit unserem Projekt der EnergieAgentur Speyer-Neustadt/Südpfalz setzen wir deshalb auf die Realisierung solcher Best-Practice-Projekte. Eine Menge ist geschehen. Mit einem Wettbewerb in diesem Jahr mit Hilfe des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung konnten wir im Bereich der Sanierung Objekte auszeichnen, die um 30 % unter der EnEV lagen und Energie-Plus-Häuser im Neubaubereich.

Erst wenn - entsprechend dem Verursacherprinzip - die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden durch die marktwirtschaftlichen Mechanismen die notwendigen Veränderungen auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite eintreten. Ich bin zuversichtlich, dass wir durch die Proklamierung des Tages der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft dazu einen nicht unerheblichen Beitrag leisten werden.

Heute gibt es schon mehr als 150.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, während im Bereich der alten Energien nur 107.000 Arbeitsplätze bestehen. Bis

zum Jahre 2030 kann es mit einer großen Kraftanstrengung gelingen, Deutschland unabhängig zu machen von den fossilen Energien und nach Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale nur noch mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Daran lasst uns mit Energie und Fantasie arbeiten. Das ist meine Vision, dass es durch marktwirtschaftliche Dynamik und nicht durch Zwang gelingt.

Unser Kuratoriumsmitglied der frühere Österreichische Vizekanzler Dr. Riegler sagte einmal: „Die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zur Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft als praktikabler und durchsetzbarer Ordnungsrahmen für eine globalisierte Wirtschaft und eine immer mehr zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenwachsenden Menschheit ist eine Chance für die Bewältigung der großen Herausforderungen im 21. Jahrhundert, eine Realutopie, die Hoffnung gibt!“

In diesem Sinne wünsche ich den Ausstellern dieser Messe eine große Nachfrage und gute Geschäfte.